

## Protokoll der Parteiversammlung vom 8. September 2020

---

Vorsitz: W. Portmann

Protokoll: A. Joss

Zeit: 19:30 Uhr – 21:10 Uhr

Ort: Restaurant Neubüel, Wädenswil

Anwesend: 24 Mitglieder und 1 Gast

Entschuldigt: I. Coduri, N. Rasper, J. Wintermann, G. Otz, P. Tschudi, M. Vetterli,

Doris Hungerbühler

---

### 1. Einleitung/Grusswort des Präsidenten

Walter Portmann begrüsst die anwesenden Mitglieder und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen.

### 2. Protokoll der Parteiversammlung 8.1.2020

Das Protokoll der Parteiversammlung liegt auf und wird genehmigt.

### 3. Eidgenössische Abstimmungen

#### a) Begrenzungsinitiative

Gregor Rutz stellt diese Vorlage vor und weist darauf hin, dass durch die Personenfreizügigkeit der Grundsatz der Steuerung der Zuwanderung aufgehoben worden sei. Dieses Modell müsse nun zur Disposition gestellt werden, um die Zuwanderung wieder in den Griff zu bekommen. Die damaligen Prognosen von einer jährlichen Zuwanderung von 10'000 Personen hätten sich als falsch erwiesen. Fakt sei, dass in gewissen Jahren monatlich 8'000 Personen eingewandert seien. Gregor Rutz weist auf die Auswirkungen der hohen Zuwanderung wie höhere Infrastrukturkosten, erhöhte Bautätigkeit und der Zuwachs von Stellen im öffentlichen Sektor hin, eine 10-Millionen Schweiz sei zudem nicht wünschenswert. 4 von 5 Zuwanderern kämen nicht wegen eines Mangelberufs in die Schweiz. Optimal wäre im Falle der Annahme ein Moratorium mit der EU. Die Gegner würden argumentieren, dass die übrigen Bilateralen-Abkommen wegfallen würden. Nachverhandlungen seien jedoch in den Bilateralen vorgesehen. Es liege zudem auch im Interesse der EU, an gewissen Abkommen festzuhalten (etwa am Landverkehrsabkommen, bei dem die Interessen der EU deutlich höher seien). Nun sei es der richtige Moment, um einen Pflock einzuschlagen bzw. um einen mutigen Entscheid zu treffen und der Begrenzungsinitiative zuzustimmen, dies auch vor dem Hintergrund des Brexit.

In der nachfolgenden Diskussion wird als andere Ansicht bemerkt, dass die Gefahr bestehe, dass die Wirtschaft im Falle der Annahme einen Vollbeitritt anstrebe. Gregor Rutz enthält dem entgegen, dass sich ein Nein aus langfristiger Perspektive aufdränge.

Die Versammlung beschliesst diesem Antrag folgend die **Ja-Parole mit 23 zu 1 Stimmen**.

## b) Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Gregor Rutz weist darauf hin, dass die SVP schon immer für die Armee und die Luftwaffe eingestanden sei, dies auch um die Neutralität und den Luftraum zu verteidigen. Die Einsatzdauer der F/A 18 würden 2030 auslaufen und die Tigers seien nur noch bei guten Sichtverhältnissen einsetzbar. Es bestehe dringend Anschaffungsbedarf. Vorliegend werde über den Grundsatzentscheid abgestimmt, das Budget auf 6 Mrd. festzusetzen. In einem zweiten Schritt würden Experten das geeignete Kampfflugzeug evaluieren. Gregor Rutz empfiehlt daher die Ja-Parole. Walter Portmann weist darauf hin, dass Kampfflugzeuge auch für Grossereignisse wie das WEF nötig seien. In der anschliessenden Diskussion wird darauf hingewiesen, dass Drohnen keinen gleichwertigen Ersatz darstellen würden und die Finanzierung über das ordentliche Armeebudget erfolge. Zudem seien 60% Kompensationsgeschäfte.

Die Versammlung folgt diesem Antrag und beschliesst einstimmig die **Ja-Parole**.

## c) neues Jagdgesetz

Walter Portmann stellt das neue Jagdgesetz vor und weist darauf hin, dass dem Natur- und Tierschutz bei Abschüssen weitgehende Kontrollmöglichkeiten zukämen. Er hebt die positiven Änderungen hervor, so würden 12 weitere Tierarten und die Lebensräume besser geschützt werden. Er weist auf die positiven Verbesserungen hin. Der Wolf und weitere Tierarten blieben nach wie vor geschützt. Die Gegner würden Stimmung mit Abschussbildern machen. Ständerat und Nationalrat würden ein Ja befürworten, er empfiehlt ebenfalls die Ja-Parole. In der anschliessenden Diskussion wird darauf hingewiesen, dass es sich um ein humanes Jagdgesetz handle und der Wolf als Wildtier einer Regulierung bedürfe. Dem Antrag folgend wird die **Ja-Parole** mit 19 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.

## d) Änderung Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer

Philipp Klaus informiert über die Änderungen im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer und macht die nachfolgenden Ausführungen:

Um was geht es?

Wer Kinder hat, kann bei der direkten Bundessteuer Abzüge vornehmen. In diese Vorlage geht es um folgende zwei Abzüge:

- Kinderdrittbetreuungskosten: Wer Kinder gegen Bezahlung (Kita etc.) betreuen lässt, kann diese heute bis zu einem Betrag von Fr. 10'100/Kind abziehen (u. 14 y; Kosten enger Zus. mit Erwerbstätigkeit; Ausbildung)
- allgemeiner Kinderabzug: heute Fr. 6'500.–/Kind (u. 18 y od. in Ausbildung)

Das Parlament hat beschlossen, diese Kinderabzüge auf Bundesebene zu erhöhen. Darum muss das DBG geändert werden. Der Maximalbetrag für Kinderdrittbetreuungskosten soll auf Fr. 25'000.– erhöht werden; der allgemeine Kinderabzug auf Fr. 10'000.–. Dagegen hat die SP unter Schützenhilfe von GP und GLP das Referendum ergriffen.

Was will das Parlament?

Zwei Sachen: Eltern sollen Familie und Beruf besser vereinbaren können. Mit der Erhöhung des Abzugs für die Drittbetreuung lohnt es sich vermehrt, dass beide Eltern berufstätig sind und nicht aus steuerlichen Gründen ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder einschränken. Damit soll das inländische Potenzial an Fachkräften besser ausgeschöpft werden. Das Parlament will Familien stärker entlasten, und zwar unabhängig davon, wer die Kinder betreut. Es hat deshalb auch den allgemeinen Kinderabzug erhöht (Familien sollen unabhängig von

Betreuungsformen entlastet werden). In der parlamentarischen Debatte wurde betont, dass gerade mittelständische Familien teilweise hohe Steuern zahlen und gleichzeitig keine Prämienverbilligungen oder Kita-Beiträge beanspruchen können. Auch diese Familien werden mit der Erhöhung des allg. Kinderabzugs unterstützt.

Folgen: Steuerausfälle 10 Mio. für Kinderdrittbetreuungsabzug + 370 Mio. (80 Mio. auf Kt.), Coronakrise macht alles anders → für 2021 geht Bund von verringerten Ausfällen um 50 bis 100 Mio. aus.

Argumente der Befürworter: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es lohnt sich eher für beide Elternteile, arbeiten zu gehen → Wirtschaft kann von inländischen Fachkräften profitieren, Kinder verursachen Kosten → Erhöhung der Abzüge entlastet die Familien

Argumente der Gegner: von Erhöhung profitieren v.a. die Eltern mit hohem Einkommen (Steuergeschenk), mittlere/tiefe Einkommen werden nicht entlastet, Familien profitieren auch ohne Kinderdrittbetreuung von höheren Steuerabzügen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird nicht gestärkt, Abbau Leistungen befürchtet, worunter auch der Mittelstand leidet.

Bund und Parlament empfehlen zur Annahme. Die SVP Schweiz und die SVP des Kantons Zürich empfehlen ebenfalls zur Annahme. In der folgenden Diskussion werden familiäre mit fiskalischen Interessen aufgewogen. Philipp Klaus empfiehlt die Vorlage anzunehmen. In der Folge wird **Stimmfreigabe** beschlossen.

#### e) Vaterschaftsurlaub

Walter Portmann verliest das folgende Referat:

Nur ca. 15% der Männer werden Vater und für diese soll nun eine neue Sozialversicherung entstehen, welche wir alle mitzutragen haben.

KMU kämpfen heute schon hart um Aufträge und müssen die Kosten tief halten, da kommt eine neue Sozialversicherung wirklich nicht in Frage. Zudem wären die Absenzen der Männer dann ein zusätzliches Problem bei etlichen Firmen.

Ein Kind braucht den Vater andauernd und nicht nur während 2 Wochen innerhalb der ersten 6 Lebensmonate. Viele Väter würden diese 2 Wochen dann auch nicht für das Kind nutzen, sondern wohl eher Hobbies nachgehen oder am PC, Tablet oder Handy verbringen, weil das Kind in dieser Zeit sehr viel schläft, herumliegt, gewickelt und gestillt werden muss. Die Väter, die mit dem Kind löleln, blabbern, etwas vorsingen oder Händchen-/Füschenspiele machen, sind eine Rarität.

Eine echte Bindung zum Kind erhält ein Vater durch jahrelanges sich «Richtig Kümmern» um das Kind, leider werden heute schon die Mehrheit der Kinder von sehr klein an abgeschoben zur Drittbetreuung (Eltern, Grosseltern, Kita, Nachbarn).

Sozialleistungen werden immer mehr und der Mittelstand blutet finanziell aus, das kann so nicht weitergehen.

Die Behauptung, dass die Schweiz hinter allen anderen Ländern bezüglich Familienfreundlichkeit hinter her hinke, stimmt absolut nicht. Wir haben:

Subvention von Krippenplätzen, Kinderzulage, Ausbildungszulage, Steuerabzüge für Kinder, KK-Prämienverbilligung, Mutterschaftsurlaub, Kinder bis 6 Jahre überall gratis und von 6-16 häufig zum halben Preis sowie Bahnfahren mit Eltern praktisch gratis, Volksschule kostet nichts, Aufgabenhilfen, Früh- und Begabtenförderungen, etc.

Es handelt sich hier um einen Gegenvorschlag, denn gefordert wurden ursprünglich 4 Wochen, gut wurde das Referendum ergriffen.

Aufgepasst, dies ist für die Linken erst der Weckruf, denn die haben vor, eine Elternzeit von mind. 6 Monaten einzufordern !

Es gibt für diesen unsinnigen Vaterschaftsurlaub nur eine Antwort: NEIN !

Bundesbern stimmt dem Vaterschaftsurlaub grossmehrheitlich zu, jedoch hat 1/3 der Parlamentarier dazu nein gesagt. Walter Portmann empfiehlt die **Nein-Parole**, die in der Folge einstimmig beschlossen wird.

#### 4. Kantonale Abstimmungen

Bruno Cogliati informiert über die kantonalen Abstimmungen.

##### a) Zusatzleistungsgesetz (ZLG)

Auch bei dieser Gesetzesvorlage hat der Kantonsrat im Gegensatz zum regierungsrätlichen Nein, mehrheitlich zugestimmt. Seit zwei Jahren müssen wir uns leider daran gewöhnen, dass bei Vorlagen in denen es darum geht, die Staatskassen zu leeren die Mitte-Links Mehrheit des Kantonsrates dafür ist. Da gegen die Änderung des Zusatzleistungsgesetzes das Kantonsratsreferendum ergriffen wurde, stimmen wir über diese Gesetzesänderung ab.

Die Änderung des Zusatzleistungsgesetzes bezweckt, dass der Kanton einen höheren Kostenanteil, nämlich um 20% mehr auf 70- anstatt 50% von den Zusatzleistungen für AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger übernimmt. Unter dem Strich heisst das, jährlich rund 175 Millionen Franken Mehrkosten, was rund zweieinhalb Steuerfussprozenten entspricht.

Die Befürworter reden von einer wichtigen Massnahme für den sozialen Ausgleich unter den Gemeinden. Tatsächlich kämen diese Gelder aber hauptsächlich den Grossstädten Winterthur und Zürich zugute. Da der Kanton Zürich aber schon über ein gut funktionierendes und faires Finanz- und Lastenausgleichssystem verfügt, braucht es diese Änderung schlicht und einfach nicht.

Mit dieser weiteren Giesskannenprinzip-Vorlage, würden die Kantonsfinanzen durch die jährlich wiederkehrende Belastung in Schieflage geraten. Angesichts der finanziellen Folgen der Corona-Krise, muss so oder so mit Sparmassnahmen gerechnet werden. Die aktuelle wirtschaftliche Situation der Gemeinden im Kanton, rechtfertigt keine Entlastung. Die meisten Gemeinden weisen Ertragsüberschüsse aus, auch Wädenswil, und auch Agglomerationsgemeinden und andere Städte.

Diese Vorlage ist ein Griff der Gemeinden und Städte in die kantonale Kasse, der einfach zu weit geht und den Kantonshaushalt in Schieflage bringt. Einmal mehr versuchen die linken Umverteilungs-Politiker mit einer Vorlage die Probleme mit dem Geld des Volkes zuzudecken, anstatt pragmatische Lösungen zu suchen.

Daher empfehle ich auch da ein klares NEIN!

Heini Hauser weist darauf hin, dass Wädenswil mit dem neuen Gesetz rund 4.5. Mio erhalten würde, was 5-6% Steuerprozenten entspreche, weshalb er angesichts der schwieriger werdenden Finanzsituation in Wädenswil die Ja-Parole beliebt macht.

Die Versammlung beschliesst die 19 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen **Nein-Parole mit 20 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen.**

##### b) Strassengesetz (StrG)

Der Kantonsrat hat die parlamentarische Initiative Strassengesetz dank seiner Öko-Allianz mehrheitlich gutgeheissen.

Diese Initiative will, dass 20 % der jährlichen Einlagen, die in den Strassenfonds fliessen, den Gemeinden für die Renovation oder den Neubau der Gemeindestrassen zur Verfügung stehen. Massgebend für den Anteil von einer Gemeinde ist die Länge der Gemeindestrassen, die vom motorisierten Individualverkehr befahren werden. Gegen diese Änderung ist das Kantonsratsreferendum ergriffen worden. Daher stimmen wir darüber ab.

Die Befürworter sagen, dass die Annahme von der Initiative vor allem den Gemeinden zu Gute kommen, die für den Unterhalt von einem grossen Strassennetzes sorgen müssen. Egal, ob es sich um eine reiche oder eine ärmere Gemeinde handelt. Ebenso gäbe es einen jährlichen

Überschuss des Strassenfonds von rund 100 Millionen Franken. Man könne also ohne die Verkehrsabgaben zu erhöhen, die Spritzkanne aus dem Fonds auffüllen und den Inhalt dann über den ganzen Kt. Zürich ausgiessen.

Leider haben die Befürworter vergessen, oder wollen es einfach nicht wahrhaben, dass der Strassenfond, durch die bis jetzt, bereits getätigten Investitionen, mit rund 500 Millionen Franken, gegenüber dem Kanton in der Kreide steht. Wenn wir bei einer Annahme, dann aus diesem Fond, 70-80 Millionen Franken pro Jahr entnehmen, heisst das nichts anderes als, dass wir die Nettoverschuldung des Fonds, ohne die Verkehrsabgaben zu erhöhen, nicht mehr aufholen können. Klar sind die Verlockungen vor allem für die Bevölkerung der Gemeinde Wädenswil, die durch die Fusion mit Hütten und Schönenberg einen Zuwachs des Strassennetzes von geschätzten 25 Prozent – vielleicht sind es ein wenig mehr – erfahren hat gross, hier Ja zu stimmen. Doch neben der Gefahr, dass wir baldigst mehr Verkehrsabgaben leisten müssten, ergibt sich auch noch eine andere Problematik der Vorlage: Die Gelder des Strassenfonds sind zweckgebunden und können «nur» für den Unterhalt und den Neubau von Kanton - Strassen eingesetzt werden. Wenn jetzt aber diese parlamentarische Initiative angenommen wird, und das Geld dann bei den Gemeinden ist, ist es mit dieser Zweckgebundenheit vorbei! Was nichts anderes heisst, dass unsere Exekutive das Geld für das einsetzen kann, wo sie es für richtig hält. Mit anderen Worten: «Sie könnten die Löcher, die ja im Finanzhaushalt von der Stadt Wädenswil, vielleicht auch ein wenig versteckt, aber garantiert da sind, stopfen!» Ich glaube, das will der Wädenswiler Bürger nicht!

Daher empfehle ich ein klares NEIN!

Heini Hauser weist darauf hin, dass bei einem Ja die Stadtkasse um ca. 1,25 Mio. entlastet würde, weshalb er ein Ja beliebt macht.

Die Versammlung beschliesst die **Nein-Parole mit 20 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung.**

## 5. Bericht aus der Fraktion

Charlotte Baer informiert über die Legislatur:

«Liebi Fraue und Manne

Wegen Corona hatten wir praktisch den ganzen Frühling weder Fraktions- noch Gemeinderatssitzungen. Seit Juni tagt der Gemeinderat wieder, allerdings in der Kulturhalle, wo die Corona-Sicherheitsmassnahmen eingehalten werden können.

Trotzdem gibt es ein paar einschlägige Punkte:

### **Rechnung 2019 der Stadt Wädenswil – Ablehnung durch SVP-Fraktion**

Wieso eine Rechnung ablehnen, die ja gar nicht mehr verändert werden kann? – Werden Sie zu Recht fragen.

Die städtische Rechnung 2019 schliesst mit einem Aufwand von CHF 196.8 Mio. und einem Ertrag von CHF 202.3 Mio., präsentiert also einen Ertragsüberschuss von CHF 5.5 Mio. Das ist zwar CHF 1.4 Mio. unter Budget, aber immerhin positiv. Trotzdem hat die SVP-Fraktion die Rechnung 2019 unisono abgelehnt, was mindestens in den vergangenen 24 Jahren noch nie vorgekommen ist. Grund ist die wiederholt sehr hohe Budgetüberschreitung bei der Primarschule von satten CHF 2.5 Mio. Die Primarschule lässt jedes Kostenbewusstsein offensichtlich vermissen. Ihre Aufgabe wäre gemäss SVP, den Schulkindern einen qualitativ hochwertigen Unterricht zu bieten und sie bestmöglich auf ihre Zukunft vorzubereiten. Ein Spitzenplatz bei den Ausgaben ist für diese Zielerreichung aber mit Sicherheit kein Garant. Die SVP-Fraktion versteht ihre Ablehnung als Wink mit dem Zaunpfahl, damit die

besorgniserregende Lage endlich erkannt und die Problematik konstruktiv angegangen wird. Mögliche Wege und Mittel hat die GRPK wiederholt aufgezeigt: So wurden im Voranschlag 2020 CHF 60'000 gesprochen für externe Beratungen zur Effizienzsteigerung in den schulischen Strukturen. Jetzt fordert sie die Primarschule auf, das vom kantonalen Volksschulamt angebotene Monitoring zur Steuerung der sonderpädagogischen Ausgaben in Anspruch zu nehmen. Der Appell an die Primarschulverantwortlichen, solchen Aufrufen Taten folgen zu lassen, kommt mittlerweile von fast allen Parteien. Die SVP hat hier aber den Anfang gemacht und wir werden auch im Hinblick auf die Budgetdebatte in diesem Sinne dranbleiben.

Federführend in diesen Schulfragen ist André Zürrer; dabei wird er verschiedentlich unterstützt von unseren sehr engagierten Primarschulpflegerinnen, Doris Hungerbühler und Marlène Läng und von Stadtratskandidat Bruno Cogliati.

Positiv zu vermerken zur Rechnung ist hingegen der um CHF 2.2 Mio. geringeren Nettoaufwand in der Abteilung Soziales. Eine effiziente Einsetzung des Personals und gründliche Fallanalysen, tragen offensichtlich dazu bei, dass Steuergelder nicht an Unberechtigte ausbezahlt werden.

### **Weisung 17/2020 Privater Gestaltungsplan Coop**

Einstimmig Ja gesagt hat die SVP-Fraktion zum privaten Gestaltungsplan für ein neues Wädenswiler Zentrum.

Davon betroffen ist das Gebiet rund um den Coop und die Zürcher Kantonalbank. Die bestehenden Bauten sollen durch ein neues entlang der Zuger- und Poststrasse ersetzt werden, wo u.a. der Coop mehr Platz erhält und auch die ZKB wieder untergebracht werden soll. Ebenfalls geplant ist ein öffentlicher Platz an der Ecke Zuger-/Florhofstrasse – der Hirschenplatz. Verkehrstechnisch ist zwischen Coop und Post an der Poststrasse eine Begegnungszone vorgesehen. Nicht Gegenstand des Gestaltungsplans ist die Verkehrsführung in dieser Begegnungszone. Die SVP erwartet aber ein gleichberechtigtes Zusammenwirken sämtlicher Verkehrsteilnehmenden wie Autos, Velos, Fussgänger und manövrierende Lastwagen unter Gewährleistung der Sicherheit.

### **Statutenrevisionen Zweckverbände ZVZZ und ZPZ**

Nach dem Sozialen Netz Horgen (SNH) haben die Zweckverbände Zivilschutz Zimmerberg und Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg ihre Statuten totalrevidiert.

Das neue kantonale Gemeindegesetz, welches seit dem 1. Januar 2018 in Kraft ist, regelt ja bekanntlich u.a. die Vorschriften über die Zweckverbände neu. Alle Zweckverbände sind verpflichtet, ihre Statuten bis ins Jahr 2022 entsprechend anzupassen.

Einschlägige Punkte bei den Statutenreformen sind:

- ♣ Die Anpassung an die Eingemeindungen von Hütten und Schönenberg;
- ♣ ein eigener Finanzhaushalt für jeden Zweckverband;
- ♣ finanzielle Kompetenzerweiterungen bei DV und Vorstand;
- ♣ die Offenlegung von Interessenbindungen, also mehr Transparenz.
- ♣ eine externe finanztechnische Prüfung.

Die SVP-Fraktion hat zwar beide Vorlagen einstimmig gutgeheissen, stört sich aber am vorgeschriebenen, äusserst undemokratischen Verfahren, wonach weder die vorberatende Sachkommission noch dem Gemeinderat Gestaltungsspielraum hat, sondern beide Gremien dazu «verknurrt» werden, zum Ganzen entweder Ja oder Nein zu sagen.

Mit Sandy Bossert, welche die SVP sowohl im Zivilschutz-Zweckverband als auch im ZV für Abfallverwertung vertritt, sind wir aber bereits vorab sehr gut informiert worden und konnten darum noch das eine oder andere SVP-Anliegen in die Reformvorlage einbringen.

## **Vorstösse**

Bei den neueren Vorstössen hat auch in der SVP-Fraktion – ganz im Trend – das Thema Nr. 2 nach Corona: das Klima, dominiert. Aktuell hat der Stadtrat eine Interpellation von Roy Schärer zur Wirtschaftlichkeit von Solarthermieanlagen beantwortet.

Photovoltaik und Solarthermie zum Zweck des Klimaschutzes unterstützt die SVP grundsätzlich. Allerdings sollten die Anlagen wirtschaftlich sein und die erzeugte Energie möglichst vor Ort genutzt werden können. Bei der Solarthermieanlage auf dem Dach des Strandbades Rietliau hat SVP-Fraktion diese Grundsätze angezweifelt, weshalb sie vom Stadtrat einen Erfahrungsbericht über die Wirtschaftlichkeit stadtgener Photovoltaik- und Solarthermieanlagen verlangt hat. Dieser Bericht liegt jetzt vor. Insgesamt ist die SVP-Fraktion damit zufrieden, stellt aber fest, dass für die Exekutive die Einhaltung des Masterplans Energie 2020+ und die Beachtung selbst gesetzter Gebäudestandards, welche Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie teils zwingend vorschreiben, vorrangige Kriterien sind.

## **Ausblick**

Die nächsten grösseren Geschäfte werden die Totalrevision der Gemeindeordnung, das Budget 2020 und der Steuerfuss sein. Etwas später werden uns dann vermutlich vor allem wieder Schulhausneu- und -umbauten beschäftigen.

- ♣ Bei der GO-Reform, welche zur Vorberatung in die Sachkommission kommen wird, ist aus SVP-Sicht das Augenmerk vor allem auf die Organisation der Primarschule, die Finanzkompetenzen und das Einbürgerungsverfahren zu richten. Dank unseren beiden Primarschulpflegerinnen konnten wir bereits im Voraus einige Vorbehalte gegenüber der Primarschule anmelden, welche wir dann weiter konkretisieren werden. Ziel muss sein, die finanziellen Kompetenzen der Schulverwaltung zurückzubinden.
- ♣ Auch beim Budget und Steuerfuss wird die SVP-Fraktion für Sparen plädieren, denn es kann und darf nicht sein, dass unter Abspielung des Klagehymnus über Corona nach allen Seiten munter Geld verteilt wird.

Bei der Neuorganisation der Primarschule werden wir sicher mit der FDP/GLP-Fraktion zusammenarbeiten können. Beim Budget und Steuerfuss hängt dies nicht unwesentlich davon ab, ob der Stadtpräsident dann immer noch, wie gerade jetzt, sein bürgerliches Mäntelchen trägt; häufig sind nämlich die CVP-Fraktion oder nur schon einzelne Mitglieder in matchentscheidenden Abstimmungen das Zünglein an der Waage.

## **Organisatorisches**

- ♣ Der Gemeinderat tagt – wie gesagt – vermutlich bis auf weiteres in der Kulturhalle und nicht im Untermosen-Saal.
- ♣ Dann hat die Zürichsee-Zeitung Änderungen in den Berichterstattungen über den Ratsbetrieb bekanntgegeben. Hauptpunkt ist, dass inskünftig am Samstag vor der GR-Sitzung keine Vorschauen mehr publiziert werden. Es erscheinen nur noch die offiziellen Traktandenlisten. Die SVP-Fraktion erachtet dies als Dienstleistungsabbau für die politisch interessierte Leserschaft. Die bürgerlichen Fraktionen SVP, FDP/GLP und BFPW werden da voraussichtlich noch gemeinsam reagieren, allerdings mit wenig Hoffnung auf Einfluss.
- ♣ Umso mehr verweise ich Sie auf die auf unserer Website jeweils veröffentlichten Fraktionsberichte.
- ♣ Ebenfalls auf der Website werden Sie demnächst die Termine mit den Daten der Fraktions- und der Gemeinderatssitzungen 2021 finden. «

## **6. Bericht aus der Schulpflege**

Keine Bemerkungen.

## 7. Diverses

- Es werden keine zusätzlichen Themen aufgebracht.
- Gregor Rutz wird für sein Referat mit Wädenswiler Hüppen und einem Gutschein verdankt.

Walter Portmann dankt allen für ihr Erscheinen und schliesst um 21:45 Uhr die Versammlung. Anschliessend findet ein gemütliches Beisammensein statt.

Für das Protokoll:



A. Joss

Zürich, 8. September 2020